Kleine Anfrage

der Abgeordneten Steffi Lemke, Kai Gehring, Lisa Badum, Annalena Baerbock, Dr. Bettina Hoffmann, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dr. Julia Verlinden, Matthias Gastel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Monitoring von Biodiversität in Deutschland

Der Verlust der Artenvielfalt schreitet weltweit und auch in Deutschland weiter voran. Ursachen sind vor allem der Habitatverlust durch Landnutzungsänderungen in der Agrarlandschaft und durch den Bau von Siedlungen und Infrastruktur. Bei dieser Biodiversitätskrise besteht bereits die Gefahr, dass Kipppunkte im Ökosystem erreicht sein könnten und die Folgen für Mensch und Umwelt unkontrollierbar werden (www.fona.de/de/bekanntmachung-zum-thema-kipppunkte-dynamik-und-wechselwirkungen-von-sozialen-und-oekologischen-systemen-biotip-20448.html). Biodiversität ist Grundlage von Leben auf unserem Planeten und ein Monitoring daher eine nationale Aufgabe, die von Bund, Ländern und nichtstaatlichen Organisationen und Privatpersonen durchgeführt wird. Ein großer Teil der Biodiversitäts- und Ökosystemdaten wird von Expertinnen und Experten, Bürgerinnen und Bürgern in Fachgesellschaften erhoben, darunter zum Beispiel der Dachverband Deutscher Avifaunisten, die Gesellschaft für Schmetterlingsschutz in Kooperation mit dem Umweltforschungszentrum (UFZ), oder das Netzwerk Phytodiversität Deutschland. Neben finanziell unterstützten Fachgesellschaften gibt es auch andere Fachgesellschaften, zum Beispiel für Libellen oder Käfer, die ehrenamtlich Daten zusammentragen. Die Roten Listen sind ein Beispiel für die Einbindung ehrenamtlich erhobener Daten unter Koordinierung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN).

Allerdings fehlt bisher in Deutschland eine bundesweite, flächendeckende Darstellung von Beobachtungsdaten zu Lebewesen. Die derzeitige offizielle und zugängliche Datenlage zur Natur in Deutschland ist fragmentiert und liegt zum Teil nicht digital vor. Die Vielzahl an Datensätzen weist thematisch und taxonomisch große Heterogenität auf, sowie in der Art ihrer Erhebung. Die vielen haupt- und ehrenamtlichen Projekte und Initiativen zur Erfassung bestimmter Artengruppen auf regionaler oder nationaler Ebene verwenden keine gemeinsamen Datenstandards. Es fehlt ihnen an Vernetzung sowie an Sichtbarkeit und Anerkennung. Die meisten Bundesländer haben zudem kein Monitoringprogramm und verlassen sich häufig auf ehrenamtlich erhobene Daten. Aus Sicht der Fragesteller besteht also dringender Handlungsbedarf zur Standardisierung, Zusammenführung und dauerhaften Bereitstellung von Daten zur Natur in Deutschland, sowie zur Visualisierung und Auswertung mit Umweltdaten, um Veränderungen des Artenreichtums erfassen und bewerten sowie frühzeitig Gegenmaßnahmen zu negativen Trends einleiten zu können.

Der Bedarf einer Integrations- und Vernetzungsplattform von Akteuren und Daten im Bereich Biodiversität, Ökosysteme und Kulturlandschaften in Deutschland, in der vorhandene Daten aufgearbeitet und digitalisiert, bestehende Initiativen vernetzt, Datenerhebung und Datenspeicherung harmonisiert sowie die erhobenen Daten frei und nutzungsfreundlich zugänglich gemacht werden, ist bereits bekannt. Gerade für fortbestehendes ehrenamtliches Engagement sollte zudem aus Sicht der Fragesteller die Vermittlung von taxonomischem Wissen und Artenkenntnis gefördert werden. Eine solche Plattform, die biotische und abiotische Daten bündelt, hätte einen Mehrwert in vielfacher Hinsicht, beispielsweise die Wertschätzung und Stärkung der Kapazitäten im Ehrenamt, die Visualisierung von Daten und Wissen für die Öffentlichkeit, erleichterte Auffindbarkeit von Akteuren und Experten im Bereich Naturschutz und Artenkenntnis sowie Daten für Planungen von Infrastrukturprojekten, oder die Unterstützung von nationaler Berichterstattung oder internationalen Assessments wie IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services). Aus Sicht der Fragesteller ist es wichtig, bestehende Datensätze zu Arten und Habitaten zusammenzuführen, um gute Trend- und Ursachenanalysen durchführen zu können, und auch ein zukünftiges Monitoring gut planen zu können.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) plant im Zuge des Aktionsprogramms Insektenschutz den Aufbau eines nationalen Monitoringzentrums für Biodiversität (www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Artenschutz/eckpunkte_insektenschutz_bf.pdf). Es bleibt aber unklar, inwiefern dabei die oben ausgeführten Anforderungen erfüllt werden. In den Vorschlägen zum Aktionsprogramm hebt das BMU die Bedeutung der ehrenamtlichen Datenerfassung hervor. Diese müsse ausgeweitet und fortgeführt werden durch die Bereitstellung von technischen Plattformen, Portalen und anderen Werkzeugen zur Erfassung sowie die Entwicklung von Standards zum Datenaustausch. Ein bundesweites Insektenmonitoring, das es bislang nur für die Tagfalter gibt, wird zurzeit in vom BfN unterstützten Forschungsarbeiten entwickelt. Ein neues bewilligtes Vorhaben an der Universität Osnabrück soll konzeptionelle Grundlagen für ein bundesweites Insektenmonitoring liefern, welches einen wichtigen Baustein auf dem Weg zu einem umfassenden bundesweiten Biodiversitätsmonitoring bilden soll. Das BMU kündigte an, derartige Forschungsprojekte mit jährlich 25 Mio. Euro zu fördern (www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Artenschutz/massnahmen_insektenschutz_bf.pdf).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Akteure sind direkt am Aufbau des geplanten Monitoringzentrums beteiligt?
2. Welche weiteren Akteure werden von der Bundesregierung einbezogen oder konsultiert?
3. Inwiefern kann dieses Zentrum als Netzwerk mehrerer Organisationen, wie in der Vorbemerkung der Fragesteller beschrieben, begriffen und organisiert werden, und wie wird der Prozess der Kooperation gefördert?
4. Wird das Zentrum einer bestimmten Behörde angegliedert?
5. Wann soll der Aufbau des Zentrums abgeschlossen sein, und wie ist der geplante Zeitablauf bis dahin?
6. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Bildung und Forschung bezüglich des Monitoringzentrums?

Gibt es ein gemeinsames Konzept, Kooperationsvereinbarungen und eine Aufteilung der Zuständigkeiten?

7. Wie viele Stellen plant die Bundesregierung für Aufbau und Betrieb des Zentrums oder Netzwerkes ein?
Wie werden dabei Kapazitäten in Fachgesellschaften und Behörden gestärkt?
8. Wie viel Personal- und Sachkosten plant die Bundesregierung für den Aufbau und Betrieb des Zentrums ein, und welche Pläne gibt es für die Verstärkung, da Monitoring eine Langzeitaufgabe ist?
9. Warum hält die Bundesregierung die im Haushaltsentwurf veranschlagten Mittel von 25 Mio. Euro für Forschung und Insektenmonitoring für ausreichend, wenn man bedenkt, dass allein für das Rote-Liste-Zentrum beim BfN rund 3 Mio. Euro für das kommende Haushaltsjahr veranschlagt werden?
10. Wie arbeitet die Bundesregierung bei den Bundesländern darauf hin, dass es einheitliche Monitoringprogramme aller Länder gibt?
11. Wie bezieht die Bundesregierung die Erkenntnisse bereits durchgeführter Konzeptstudien und Pilotprojekte zu Vernetzungsplattformen und Trendanalysen zum Aufbau eines Monitoringzentrums ein?
12. Welche Rolle sollen Citizen Science in der Arbeit des Monitoringzentrums spielen, und inwiefern will die Bundesregierung die besondere Rolle von Citizen Science im Rahmen des Aktionsprogramms Insektenschutz ausweiten und fortführen, und welche Erkenntnisse aus der bisherigen Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben fließen dabei mit ein?
13. Inwiefern werden im Rahmen des Aktionsprogramms Insektenschutz die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bürgerwissenschaftlicher Forschung die Möglichkeit zur methodischen oder taxonomischen Weiterbildung erhalten?
14. Welche Kooperationen mit Schulen, Museen, Umweltbildungszentren oder anderen Bildungseinrichtungen zur Vermittlung taxonomischer Kenntnisse sind insbesondere in Verbindung mit bürgerwissenschaftlicher und anderer partizipativer Forschungsformate vorgesehen?
15. Welche Absprachen für die zum Aktionsprogramm Insektenschutz vorgeschlagene Initiative zum Ausbau der taxonomischen Kenntnisse und Forschung in Deutschland und deren Weitergabe gibt es bereits zwischen den Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und für Bildung und Forschung (bitte wenn möglich Zeitplan und Mittel nennen)?
16. Wie will die Bundesregierung die taxonomische Expertise aufbauen, da das Artenwissen selbst in naturaffinen Teilen der Gesellschaft sehr gering ist (Artenpisa-Studie von Naturgucker unter www.naturgucker.info/vielfaltstudieren/artenpisa/)?
17. Plant die Bundesregierung die Digitalisierung und Analyse bereits vorhandener Daten für Trend- und Ursachenanalysen, wie es beispielweise die Teilnehmer eines Experten-Workshops im Rahmen des sMon-Projekts als wichtig erachteten (www.idiv.de/de/smon/smon_workshops/zusammenfassung_des_smon_workshops_vom_27_28_november_2017.html)?
Wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?
18. Inwiefern wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die erhobenen Daten auf Dauer vorgehalten werden und frei sowie möglichst nutzungsfreundlich zur öffentlichen Verfügung stehen?
19. Wie viele Stellen wären nach Einschätzung der Bundesregierung für eine Digitalisierung und Visualisierung historischer und aktueller Daten einzuplanen?

20. Welche wissenschaftliche Anbindung auf nationaler und internationaler Ebene strebt die Bundesregierung für das Monitoringzentrum an?
21. Inwiefern fungieren die Living Atlas-Initiativen von Australien und anderen Ländern als Vorbild zur Vernetzung von Biodiversitätsdaten in Portalen für Deutschland, und welche Erfahrungen sind bei der Erarbeitung der deutschen Strategie insbesondere hinsichtlich Citizen Science und Open Data eingeflossen?
22. Inwieweit gibt es, Bezug nehmend auf Frage 21, eine internationale Vernetzung mit bestehenden Monitoringprogrammen, beispielsweise der Niederlande, der Schweiz oder Großbritanniens?
23. Welche Rolle spielen zum Beispiel die EU-MON-Datenbank und das EU-BON-Projekt, GBIF und GFBIO zur Standardisierung von Biodiversitätsmonitoringdaten beim Aufbau eines deutschen Monitoringzentrums?
24. Inwieweit werden auch bodenrelevante Organismen im Monitoring integriert, um Bodenfunktionen und Ökosystemleistungen zu messen?
25. Wie wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass im Monitoring zukünftig der Aspekt der Auswirkungen der Klimakrise auf Arten in Deutschland, insbesondere Insektenarten, umfassend berücksichtigt wird?
26. Wie wird sichergestellt, dass die Forschungsergebnisse des Monitoringzentrums in die Arbeit der Behörden sowie zur Erarbeitung politischer Handlungsempfehlungen einfließen?

Berlin, den 30. November 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion